

NEUES RATSINFO-SYSTEM
(2019)
6 Prüfung inkl. IKZ und Digitalisierung
offen

Teilhaushalt 1 Stabsstelle Gremien- und Öffentlichkeitsarbeit

(Verantwortung Eva Wiedemann)

Beschlussvorschlag:

Die Stabsstelle Gremien- und Öffentlichkeitsarbeit wird beauftragt, im Jahr 2017 zu prüfen, welche Möglichkeiten neue Ratsinformationssysteme bieten, um eine Digitalisierung des Vorlagenversands umsetzen zu können, und welche Kosten (Umstellung, Schulung, Lizenzen, Schaffung technischer Voraussetzungen) damit verbunden sind. Sie wird den Mitgliedern des Gemeinderats das Ergebnis dieser Prüfung in einer Vorlage zur Beschlussfassung vorlegen.

Finanzielle Auswirkung:

Produktsachkonto:	11.11.00.00.00 – 4272000
Bezeichnung:	Kommunale Willensbildung – EDV-Aufwand
Betrag:	offen
Wirkung ab:	Ab 2019

Beteiligung Personalrat:

ja nein

Sachverhalt:

Mehrere Städte – darunter auch Ludwigsburg – sind mittlerweile dazu übergegangen, Vorlagen nicht mehr (nur) als Ausdruck an die Mitglieder des Gemeinderats zu versenden, sondern dies digital zuzustellen. Meist werden den Stadträten dafür technische Geräte wie Tablets oder Laptops zur Verfügung gestellt und sie können zwischen papiernem und digitalem Vorlagenversand wählen.

Grundsätzlich entspricht eine Digitalisierung des Vorlagenversands sowohl dem Zeitgeist und dem Umgang mit Tablets & Co. als auch einem höheren Umweltbewusstsein. Wird dieses Thema jedoch im Rahmen der Haushaltskonsolidierung aufgegriffen, gilt es, klar abzuwägen, ob die Investitionen und Supportkosten gestemmt werden können und in einem angemessenen Verhältnis zu den aktuellen Kosten stehen bzw. auch Einsparpotential beinhalten.

Ziel bei einer Digitalisierung ist, dass sich alle Mitglieder des Gemeinderats für diese Art des Versands entscheiden, denn nur so kann eine Ersparnis erzielt werden. Ein paralleler Versand in Papierform erfordert einen höheren Personal- und Sachkostenaufwand als die klare Entscheidung für eine Form der Zustellung. Deshalb soll eine mögliche Einführung des digitalen Vorlagenversands nach den Kommunalwahlen im Jahr 2019 stattfinden und somit als Arbeitsprämisse für die künftigen Mitglieder des Gemeinderats vorab feststehen.

Im Rahmen des Prüfauftrags soll auch untersucht werden, ob auf der Ebene der interkommunalen Zusammenarbeit bspw. das Ratsinformationssystem von Ludwigsburg in Frage käme.

Auch im Hinblick auf die technischen Voraussetzungen ist die Einführung eines digitalen Vorlagenversands ein komplexes Thema, da bspw. in den Sitzungssälen und in den Fraktionszimmern die Möglichkeit geboten sein muss, dass die Stadträte auf die Vorlagen zugreifen können - ihnen muss also WLAN und individuell Strom zur Verfügung gestellt werden. Zudem müssen ggf. Tablets oder Laptops beschafft werden und die notwendige Datensicherheit muss gewährleistet sein.

Deshalb sollen im kommenden Jahr folgende Punkte untersucht werden:

- Welche Ratsinformationssysteme kommen für einen digitalen Vorlagenversand in Frage?
- Wie wird die notwendige Sicherheit für nicht-öffentliche Vorlagen und Personalvorlagen gewährleistet?
- Welches technische Equipment benötigen die Stadträte? Welche Lizenzen sind damit verbunden?
- Welche technischen Voraussetzungen müssen im Rathaus geschaffen werden?
- Wie hoch sind die Investitionskosten und die laufenden Kosten für das neue System und die Digitalisierung?
- Welches Einsparpotential ist damit ggf. verbunden?

Wechselwirkungen:

Die Abteilung IUK des Fachbereichs Organisation und Personal muss sich – sollte das Ergebnis der Prüfung für die Umstellung auf ein neues System und damit verbunden für die Digitalisierung sprechen – in ein neues technisches System einarbeiten und auf einen höheren technischen Supportaufwand einstellen, der mit einer Neueinführung und vollständig digitalen Lösung verbunden ist. Der Fachbereich Gebäudemanagement muss ebf., wenn das Ergebnis der Prüfung entsprechend ausfällt, die Sitzungssäle mit den technischen Voraussetzungen für WLAN und ggf. weiteren Stromanschlüssen ausstatten.